

Antworten von Bernd Zieger auf Fragen des Bündnisses gegen Armut und Ausgrenzung

auf der Podiumsdiskussion der Kandidierenden zur OB-Wahl am 14.10.2022

1. **Kinderfrage: Adrian 11 J.:** Warum wird alles viel teurer? Da reicht mein Taschengeld für nix mehr!

Kinderfrage: Lea 11 J.: Meine Mama verdient nicht viel und kann mir daher nicht so viel oder gar kein Taschengeld mehr geben. Warum ist das so? Sie arbeitet doch wirklich sehr viel!

Die steigenden Lebenshaltungs- und Energiekosten machen vielen Menschen mit geringem Einkommen Angst. Oft ist ein hoher Energie- und Strombedarf auch behinderungsbedingt. Aber auch Familien in schlecht isolierten Wohnraum sind besonders betroffen, oder Auszubildende, Rentner:innen mit kleinem Budget. Welche Abfederungsideen werden Sie als Stadtoberhaupt umsetzen?

Antwort: Als Oberbürgermeister würde ich mich über den Städtetag für einen wirksamen Energie- u. Mietpreisdeckel einsetzen. Aufgrund der wichtigen Rolle in den Stadtwerken bzw. der städtischen Wohnungsbaugesellschaft werde ich mich hier dafür einsetzen, dass es keine Räumungen aufgrund nicht mehr bezahlbarer Mietnebenkosten und keine Stromsperrern gibt und insgesamt einen moderaten Anstieg bei den Energiekosten durchsetzen.

2. Menschen mit Behinderungen sind in Heidelberg oft gut ausgebildet und haben es dennoch schwer einen Job zu bekommen, sind Geringverdiener oder Teilzeitkräfte und schneller von Kündigung bedroht. Bestehende Gesetze um MmB in Arbeit zu bringen werden oft nicht angewendet oder durch eine recht geringe Ausgleichsabgabe von den Firmen umgangen.

Die Stadtverwaltung ist da nach eigenen Aussagen vorbildlich aufgestellt. Was können Sie tun, um diese Menschen am privaten Arbeitsmarkt besser zu unterstützen und Firmen dazu zu bringen Menschen mit Behinderung einzustellen statt sich freizukaufen?

Antwort: Auch wenn die Stadt die Sollvorschrift für den Anteil der MmB von 5% erfüllt, könnte dieser Anteil noch erhöht werden. Die städtische Auftragsvergabe sollte stärker an soziale und ökologische Kriterien geknüpft werden. Wesentlich ist dabei, dass von den Vertragspartnern die gesetzliche Sollvorschrift für den Anteil der MmB erfüllt und überboten wird. Die Stadt sollte auch Kooperationen mit Firmen wie AQB die den Nahkauf im Emmertsgrund betreibt vertiefen, weil damit MmB eine Arbeit gegeben wird.

3. Älteren queere (LBSTIQ+) Menschen in Heidelberg
Welche regelmäßige Unterstützung werden Sie ermöglichen, damit queeren Menschen geschützte Räume als Treffpunkte und für selbstorganisierte Veranstaltungen zugänglich sind?

Was wird die Stadt Heidelberg unter Ihrer Führung dafür tun, um Pflegepersonal in stationären und ambulanten Einrichtungen für die Belange queerer Menschen zu

sensibilisieren und weiterzubilden?

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es zumindest eine Pflegeeinrichtung im Heidelberg gibt, in der überwiegend queere Menschen leben können? (Hintergrund: queere Menschen wünschen sich im Alter einen Ort, an dem sie keine Minderheit sind, wie sie es sonst so häufig erleben.)

Antwort: Ich werde mich für ein queeres Zentrum in Heidelberg einsetzen. Die Bezahlung der Beschäftigten in der Pflege muss verbessert werden. Es gibt eine gut gelebte queere Kultur für jüngere Menschen. Es sollte aber auch an die Älteren gedacht werden.

4. Sorgen Sie dafür dass die städtischen Institutionen schneller barrierefrei für alle werden?

Antwort: Selbstverständlich. Das betrifft auch die Bürgerämter die noch nicht alle barrierefrei sind.

5. Es gibt Städte, die einen kostenfreien barrierefreien Fahrdienst für mobilitätseingeschränkte Menschen anbieten. Wird Heidelberg dieses Angebot schaffen?

Antwort: Da bin ich entschieden dafür. Es gab lange Zeit in Heidelberg nicht mal ein Rollstuhltaxi.

6. Mobilitätsangebote müssen klug finanziert werden. Finden Sie es klug, dass es mit dem 3€ Tickets für alle Menschen mit Karte 60+ einen Zuschuss von 200€ gibt?

Antwort: Ja, das finde ich gut. Das hat vor allem soziale Aspekte. Von der Inflation von mehr als 10% sind alle Menschen betroffen. Ältere Menschen sind mitunter von Vereinsamung betroffen und haben Einschränkungen in der Mobilität. Das 3-EUR-Ticket hilft bei der Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben.

7. Die ärztliche Grundversorgung von Menschen mit Behinderung scheitert oft an der barrierefreien Zugänglichkeit. Werden Sie Anreize schaffen, um Arztpraxen barrierefrei zu gestalten?

Antwort: Dafür werde ich mich einsetzen.

B. Wohnen

8. Ich suche seit 8 Jahren eine Wohnung. Ich bin Hartz IV-Empfänger und arbeite als 2-Euro-Hilfe, aber die Mieten werden immer teurer und auch der Strom.
Azubi: Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen für Alleinstehende. Das Ausbildungsgeld reicht nicht aus, weil das Leben so teuer geworden ist.

a. Was werden Sie tun, damit mehr Wohnungen für ärmere Menschen gebaut werden?

Antwort: Pro Jahr müssen 800 neue Wohnungen bereitgestellt werden, darunter sollten 400 geförderte Sozialwohnungen für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen sein. Dies hat der Gemeinderat 2017 mit dem Handlungsprogramm Wohnen beschlossen. Es wurde aber nicht umgesetzt.

b. Was tun sie gegen den Mangel an bezahlbarem und barrierefreien Wohnraum für Menschen mit Behinderung?

Antwort: Es müssen bei allen Bauvorhaben mehr barrierearme, barrierefreie bzw. rollstuhlgerechte Wohnungen gebaut werden als dies nach der Landesbauordnung vorgesehen ist. Hierzu braucht es klare quantitative Zielsetzungen.

c. Wie werden Sie die Chancen bezahlbaren, die die letzte große Konversionsfläche PHV bietet nutzen?

Antwort: Hier müssen zumindest zu 50% geförderte und preiswerte Wohnungen gebaut werden mit Quadratmeterpreisen von deutlich unter 9 EUR bei der Kaltmiete. Leider wurde der Antrag von DIE LINKE hierzu im Februar diesen Jahren von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Gleich auf dem Baufeld B3/B4 sollten spätestens 2024 die ersten Bewohner einziehen. Das Studierendenwerk muss dort mindestens ein Objekt für ein Studierendenwerk erhalten. Konsequenz muss auch mindestens ein Anteil von 10% für selbstverwaltete und gemeinschaftliche Wohnprojekte umgesetzt werden. Es dürfen nicht 73% der Bausubstanz auf dem PHV abgerissen werden. Die Mehrheit der Gebäude muss erhalten bleiben.

9. Wieso sind die Kosten der Unterkunft im Hartz IV derart niedrig angesetzt dass es Betroffenen immer noch nicht gelingt auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung zu finden?

Antwort: Das liegt vor allem daran, dass sich außer der Fraktion von DIE LINKE keine andere Fraktion und Gruppierung im Gemeinderat um dieses Thema kümmert. Die Fraktion von DIE LINKE hat initiiert, dass zu diesem Thema 2016 erstmals ein Gemeinderatsbeschluss gefasst und die KdU-Grenzen seitdem im Internet veröffentlicht sind. Die Grenzen wurden auch erhöht, sie sind aber insgesamt zu niedrig. Unsere Anfrage in der Gemeinderatssitzung am 13.10.2022 ergab, dass bei 274 Bedarfsgemeinschaften durchschnittlich 119 EUR an Wohnkosten nicht übernommen werden. Diese müssen dann von den ohnehin viel zu niedrigen Hartz IV-Beträgen bestritten werden und dafür Einschränkungen z.B. bei Kleidung und Essen in Kauf genommen werden. Es gibt gegenwärtig Gerichtsurteile, nach denen Heidelberg kein schlüssiges Konzept zur Berechnung der KdU-Werte hat. Es muss ein neues schlüssiges Konzept erarbeitet werden. Es liegt hierzu von der Stadtverwaltung eine Zusage für 2023 vor.

10. Wieso gibt es bis heute kein transparentes Verfahren zur Wohnungsvergabe an besondere Bedarfsgruppen durch die GGH?

Antwort: Es gibt mehrere 1.000 Mietinteressenten bei der GGH. Aufgrund der geringen Fluktuation werden in jedem Jahr nur ca. 500 Wohnungen frei und neu vermietet. Interessenten warten oft jahrelang und erhalten auch keinen Zwischenbescheid. Jedes Jahr muss man sich neu bewerben. Die Kriterien der Wohnungsvergabe sind auf der Homepage der GGH teilweise veröffentlicht. Ich setze mich für ein komplett transparentes Verfahren in Form eines Punktesystems ein.

11. Verhinderung von Wohnungsverlusten ist für alle gut – für Menschen in Notsituationen und für die Stadt. Prävention ist kostensparend.

Wieso gibt es kein Konzept zur Reduzierung, Vermeidung und Abschaffung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Heidelberg?

Antwort: Die GGH muss ein festes Kontingent von 100 Wohnungen jährlich für Menschen in Notlagen nach transparenten Kriterien vergeben.

12. Vorgehen Housing first – steht dafür, dass Kommunen Menschen ohne Wohnraum zuerst eine gesicherte Wohnung geben und damit das Grundbedürfnis nach Schutz und Lebensraum als Basis für alles weitere schaffen. Kennen Sie den Ansatz und können sie sich das für Heidelberg vorstellen?

Antwort: Ja, da bin ich entschieden dafür. Zur Umsetzung siehe meine Antwort auf Frage 11.

13. Wie viele Wohnungen sind konkret für Wohnungs- und Obdachlose Personen vorgesehen? Planen sie diese Anzahl zu erhöhen?

Antwort: Siehe meine Antwort auf Frage 11.

14. Auf eine Anfrage im Gemeinderat zur Wohnungsnot in Heidelberg antwortete die Stadtspitze mit folgendem Satz: „Von einer Wohnungsnot in Heidelberg zu sprechen halten wir für nicht angemessen.“

Wie schätzen Sie diese Aussage ein, haben wir in Heidelberg eine Wohnungsnot?

Antwort: Natürlich gibt es eine Wohnungsnot in Heidelberg. Das braucht man nicht näher begründen. Wer eine Wohnung gesucht hat, weiß das. Es gibt auch viel Mietwucher.

15. In HD gibt es im Gegensatz zu vergleichbaren Städten wenige gemeinschaftliche Wohnprojekte. Werden Sie Wohnprojekte und Wohnungsgenossenschaften zukünftig stärker unterstützen?

Antwort: Selbstverständlich. Bei größeren Bauvorhaben sollten mindestens 10% der Objekte an Wohnprojekte gehen. Die Zusammenarbeit der Stadt mit Wohnprojekten muss verbessert werden, indem eine Stelle dafür in der Stadtverwaltung geschaffen wird.

16. Auf dem Wohnungsmarkt gibt es überwiegend private und renditeorientierte Anbieter von Mietwohnungen, in öffentlicher Hand sind nur unter 20%. Wird unter Ihrer Führung der öffentliche Wohnungsbestand in Heidelberg deutlich erhöht?

Antwort: Ja, dieser Anteil muss deutlich erhöht werden. Es muss einen Vorrang für gemeinwohlorientierte Bauträger (GGH, Genossenschaften, Studierendenwerk, selbstverwaltete Wohnprojekte) geben.

17. Werden Sie alles dafür tun, dass in PHV die Flächen in der öffentlicher Hand bleiben?

Antwort: Ja, denn nur dann hat die Stadt den Gestaltungsspielraum für die zukünftige Entwicklung. Verkäufe an zweite, dritte und vierte Investoren führen in der Bahnstadt zu stets steigenden Mieten. Dies muss auf dem PHV verhindert werden.

18. Werden Sie aktiv gegen den Leerstand von Wohnungen und Gebäude vorgehen?

Antwort: Ja, es muss ein Leerstandskataster aufgestellt und dann systematisch gegen den Leerstand vorgegangen werden.

19. Werden Sie dafür sorgen, dass die Verwaltung unter Ihrer Leitung aktiv Zweckentfremdungen von Wohnraum z.B. mit Bußgeldbescheiden ahndet?

Antwort: Ja, da bin ich entschieden dafür.

20. Eine soziale Stadt ist gemischt mit Lebensraum für alle Einkommenschichten. In der Bahnstadt gibt es extrem wenige Wohnungen, die sich Menschen mit niedrigerem Einkommen leisten können. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Bahnstadt eine Fehlplanung und ein Getto der Gutverdienenden. Würden Sie die Bahnstadt mit Blick auf die Anforderungen an eine soziale Stadt wieder so planen und bauen?

Antwort: Nein, natürlich nicht. Eine Bahnstadt 2.0 auf dem PHV muss verhindert werden.

21. Verfolgen Sie die Idee eines Demenzdorfes bei der Entwicklung von PHV?

Antwort: Ja, das ist eine gute Idee die umgesetzt werden sollte.

C. Kommunalen Gestaltungsspielraum

22. In Heidelberg auf PHV ist das Ankunftscenter in dem Menschen und auch viele Kinder über Monate leben. Ein Missstand ist, dass es für viele Kinder kein Schulangebot gibt. Die Zuständigkeit liegt zwar auf Landesebene, jedoch haben Kommunen gezeigt, dass mit Engagement ein Schulangebot ab dem ersten Aufenthaltstag möglich ist – Bsp. Karlsruhe. Werden Sie sich als Stadtoberhaupt aktiv dafür einsetzen, dass auch in PHV so ein Möglichkeit geschaffen wird?

Antwort: Ja selbstverständlich. Mit dem Bürgerbegehren haben wir ja die Verlagerung des Ankunftscenters in die Wolfgärten abgewehrt. Ein wesentlicher Grund dafür war, dass auf dem PHV eine bessere Integration in den Stadtteil ermöglicht werden kann z.B. durch Nutzung der Sportstätten. Durch Kooperation mit einer Schule der Umgebung sollte dies umgesetzt werden können, wenn die Geflüchteten länger als ein paar Tage/Wochen im Ankunftscenter sind.

23. Behörden sind oft nur noch über z.T. teure Hotlines zu erreichen, dies stellt für viele Menschen u.a. MmB (Menschen mit Behinderungen) unterschiedliche Barrieren dar. Das Bürgeramt entwickelt ein best practice Beispiel für digitale Bürger-Unterstützung beim Ausfüllen eines Antrags, mit dem Hilfe zugeschaltet wird, ggf. auch Gebärdensprachdolmetscher.

Wird dieses Angebot auch in anderen Behörden der Stadt Heidelberg – z.B. dem Sozialamt gefördert?

Antwort: Das sollte natürlich gefördert werden. Formulare sollten immer in verständlicher Sprache geschrieben sein. Trotz Digitalisierung sollte auch weiterhin immer ein persönlicher Kontakt im Bürgeramt möglich sein.

24. Menschen die mit Assistenz leben, haben derzeit große Schwierigkeiten ihr Pflegepersonal zu halten, da diese im Vergleich zu anderen Jobs für ungelernte Kräfte zu wenig verdienen und keine Nachtzuschläge, Weihnachtsgeld etc. gewährt wird. Über die Kostensätze entscheidet die Stadt. Werden Sie sich für die Erhöhung einsetzen und haben Sie Ideen wie die Abwanderung aus der Pflege aufgehalten werden kann?

Antwort: Natürlich muss die Bezahlung deutlich gebessert werden. Die gegenwärtige Bezahlung ist ein Skandal. Bei besserer Bezahlung würde es auch weniger Abwanderung geben. Die Arbeitsbedingungen müssen auch gebessert werden und das Arbeitszeitgesetz eingehalten werden.

25. **Kinderfrage: Luisa 11 J.** :Was tun Sie für die Sicherheit in der Stadt? Am Bismarckplatz werden wir von Erwachsenen angebaggert und nach der Nummer gefragt. Werden Sie Nachbarschaftshilfe, Quartiersmanagement als Ansätze zur gegenseitige gesellschaftliche Unterstützung dauerhaft fördern?

Antwort: Polizeipräsenz auf dem Bismarckplatz ist richtig. Wir brauchen noch mehr Zivilcourage bei solchen Vorkommnissen. Natürlich werde ich Nachbarschaftshilfe, Quartiersmanagement als Ansätze zur gegenseitigen gesellschaftlichen Unterstützung dauerhaft fördern.

26. **Kinderfrage: Joshua 14 J.:** Können Sie ein Schwimmbad im Pfaffengrund bauen?

Antwort: Wir sollten die bestehenden 5 Schwimmbäder in Heidelberg erhalten und auch das ganze Jahr öffnen. Ein neues Schwimmbad wird schwer zu finanzieren sein.

27. **Kinderfrage: Lukas 13 J.** : Der Bolzplatz im Pfaffengrund soll renoviert werden. Wann? Die Kinder verletzen sich!

Antwort: Das muss umgehend umgesetzt werden.

28. Menschen mit knapper Kasse finden auf Flohmärkten eine gute Gelegenheit zum günstigen Einkaufen. Daneben werden die noch gut erhaltenen Produkte nicht weggeworfen sondern weiter benutzt

Der Flohmarkt auf dem Messplatz fand früher 14tägig statt und war eine wichtige Versorgungsquelle. Corona bedingt fiel er lange aus.

Nun wird es als Parkplatz für den SNP-Dome genutzt und findet deshalb nur sehr selten statt – zuletzt im August diesen Jahres und erst nach 9 Monaten Ende April 2023

Setzen Sie sich dafür ein, dass der Flohmarkt wieder regelmäßig stattfindet?

Antwort: Selbstverständlich tue ich das.

D. Fragen von Anwesenden beim Podium mit den OB-Kandidat*innen

29. Die Istanbul Vereinbarung zum Schutz für Frauen werden in HD seit Jahren nicht eingehalten! Wie wollen Sie in den kommenden 8 Jahren das Angebot erhöhen und um wie viele Plätze?

Antwort: Es muss mehr Beratungsmöglichkeiten geben und mehr Wohnungen für Frauen in Not bereitgestellt werden. Hierzu dient die Einrichtung eines Kontingents von Wohnungen für Menschen in besonderen Notlagen (siehe Antwort auf Frage 11).

30. Schulzugang für Kinder von Geflüchteten: ist nicht nur ein Problem von PHV, sondern auch in der Stadt. Nicht selten warten Sie viele Monate. Was tun Sie gegen diesen Missstand?

Antwort: Ich werde mich in Kooperation mit den Schulen in der Umgebung um eine Lösung bemühen.

31. Wie und wo könnten Park+Ride-Parkplätze für Pendler entstehen? Vorschlag: Airfield?

Antwort: Ein möglicher Ort wäre der Messplatz in Kirchheim.

32. Räumlichkeiten für queere Safe-Spaces – wie möchten Sie dies konkret fördern und unterstützen?

Antwort: Ich setze mich für die Schaffung eines queeren Zentrums ein.

33. Bitte sorgen Sie für die Aufwertung des Spielplatzes im Margot-Becke Ring (Spielgeräte und Sitzmöglichkeiten)

Antwort: Danke für die Anregung die ich gerne aufnehme.